



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 21.08.2008

im Ständesaal des Ständehauses, Weststraße 57, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 12.06.2008 - öffentlicher Teil -
3. Bericht der Verwaltung
4. Wettbewerb "Aktion Klima plus - NRW-Klimaschutzkommune der Zukunft"
Vorlage: 2008/0139 Beratung
5. Förderung von bedarfsorientierten Energieausweisen durch die Stadt Beckum, Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2008
Vorlage: 2008/0141 Entscheidung
6. Anfragen

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Herr Joachim Mücke

CDU-Fraktion

Herr Rudolf Goriss

Herr Stefan König

Herr Christoph Pundt

Vertretung für Herrn Dieter Beelmann

CDU-Sachkundige Bürger

Herr Tobias Nordhoff

ab 17.03 Uhr

Herr Josef Schumacher

SPD-Fraktion

Herr Albert Pott

bis 18.52 Uhr, TOP 2, nö.T.

Herr Erwin Sadlau

SPD-Sachkundige Bürger

Herr Günter Bürsmeier

Herr Heinz Wewer

Vertretung für Herrn Rainer Ottenlips; nicht anwesend
während der Entscheidung zu TOP 3, nö.T.

FWG-Fraktion

Herr Heinz Haske

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

FDP-Fraktion

Herr Tobias Tarner

ab 17.05 Uhr

Verwaltung

Herr Günter Faber

Frau Susanne Faust

Frau Gabriele Günnewig

Frau Brigitte Janz

Herr Werner Wegener

Nicht anwesend:

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Ratsmitglied Pott für die SPD-Fraktion, einen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung stellen zu wollen. Dieser befasse sich mit dem Bau einer Brücke über die Werse zwischen Dalmerweg und Elisabethstraße, über den in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.08.2008 entschieden worden sei. Nachfragen der SPD-Fraktion zu einzelnen Punkten seien in der Sitzung unbeantwortet geblieben. Um zu verhindern, dass die Baugenehmigung ohne Klärung der nachfolgend aufgeführten Punkte erteilt werde, sehe sich die SPD veranlasst, folgenden Antrag zu stellen:

Antrag der SPD-Fraktion zur Erweiterung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 21.08.2008

bezüglich

- der Umweltverträglichkeit der geplanten privaten Brücke an der Werse
- einer eventuellen Rückzahlung von Fördermitteln
- des Einholens einer Stellungnahme des Wasser- und Bodenverbandes zu dem geplanten Bau der Brücke sowie zu den bereits aufgeschütteten Steinen im Bereich der Werse.

Ratsmitglied Sadlau fügte ergänzend hinzu, dass nach Auffassung der SPD-Fraktion bei dieser Entscheidung Zuständigkeiten des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr berührt seien, insbesondere hinsichtlich der Umweltverträglichkeit der Maßnahme.

Da weder die Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder noch die Vertreter der Verwaltung an der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.08.2008 teilgenommen hatten, schlug Frau Janz vor, den Antrag der SPD-Fraktion in die Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2008 aufzunehmen, sofern der Bauantrag nicht bereits entscheidungsreif sei. In diesem Falle sei eine Zurückhaltung der Genehmigung nicht zulässig, es werde dann jedoch darüber im Ausschuss berichtet.

Ratsmitglied Pott erklärte sich mit der von Frau Janz vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Ratsmitglied Pundt befürwortete unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Informationsstände der Anwesenden ebenfalls den Vorschlag der Verwaltung.

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Anfragen aus der Einwohnerschaft erfolgten nicht.

2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 12.06.2008 - öffentlicher Teil -

Ratsmitglied Pott erklärte mit Hinweis auf Seite 5 letzter Satz, dass in der Vergangenheit wiederholt darum gebeten worden sei, bereits den Vorlagen die jeweiligen Bauzeitenpläne beizufügen. Dieses sei auch seitens der Verwaltung zugesagt worden, jedoch erfolge dieses in der Regel nach wie vor nicht. Sollte auch zukünftig dem Wunsch nicht Rechnung getragen werden, sei die SPD-Fraktion nicht mehr bereit, über entsprechende Vergabemaßnahmen abzustimmen.

Seitens Herrn Wegener wurde entsprechende Handhabung zugesagt.

3. Bericht der Verwaltung

Herr Faber berichtete zu der Anfrage von Ratsmitglied Linnemann in der Ratssitzung am 12.08.2008 bezüglich des Aushubs an der Stromberger Straße.

Der angesprochene Aushub an der Stromberger Straße stamme nach Aussage des Landesbetriebs Straßen NRW aus den Bauarbeiten für die L 586 n. Im Zuge der Bauarbeiten sei dieses auffällige Material entdeckt, separiert und gegen Ausschwemmung abgedeckt worden. Das Material stamme aus einer seinerzeit vom Kreis Warendorf genehmigten Boden- und Bauschuttdeponie. Eine Beprobung sei erfolgt, das Ergebnis liege nach Aussage des Kreises Warendorf – Amt für Umweltschutz – noch nicht vor. Das Material werde entsprechend der Ergebnisse einer Verwertung/Beseitigung zugeführt.

Herr Wegener berichtete zu folgenden Themen:

Ausbau Oststraße

Unter Bezugnahme auf die Anfrage von Ratsmitglied Haske in der Ratssitzung am 24.06.2008 zum Beginn der Baumaßnahme Oststraße berichtete Herr Wegener, dass der Baubeginn für März 2009 nach Karneval geplant sei. Die Bauzeit sei mit 4 Monaten angesetzt. Die Auftragsvergabe solle im Januar 2009 erfolgen.

Kanalisation Am Volkspark, Hauptstraße, Fritz-Reuter-Straße

Über die Auftragsvergabe werde voraussichtlich in der Sitzung des AUIV am 23.09.2008 entschieden. Der Baubeginn sei terminiert ab dem 13.10.2008, Bauende sei witterungsabhängig ca. Ende Februar 2009. Der gewählte Termin des Baubeginns sei unter Berücksichtigung der anlässlich des Verkaufsoffenen Sonntages erforderlichen Sperrung der Hauptstraße sowie der Jubiläumsfeier des Gewerbevereins Neubeckum erfolgt. Die Sperrung sowie die entsprechende Umleitung über die Kaiser-Wilhelm-Straße sei in Abstimmung mit dem Fachdienst Sicherheit und Ordnung sowie der Polizei im Rahmen der Verkehrsbesprechung erfolgt.

Baumaßnahme Graf-Galen-Straße

Die Auftragsvergabe werde dem Ausschuss in seiner Sitzung am 23.09.2008 zur Entscheidung vorgelegt. Voraussichtlicher Baubeginn sei der 06.10.2008, Bauende witterungsabhängig ca. Ende Februar 2009.

Radwegebau B 475

Bezüglich der Anfrage des Ratsmitgliedes Haske in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 12.06.2008 habe eine Rückfrage beim Landesbetrieb NRW ergeben, dass ein genauer Termin für den Bau in südlicher Richtung derzeit noch nicht feststehe. Die Realisierung erfolge jedoch vor Umstufung der B 475 in eine Landesstraße.

Altwagenrennen Vellern

Unter Bezugnahme auf den Hinweis des Ratsmitgliedes Pott in der Sitzung des Rates am 12.08.2008 bezüglich der mangelnden Durchfahrtsmöglichkeit für größere Fahrzeuge aufgrund der derzeitigen Baumaßnahme berichtete Herr Wegener, dass eine Kontaktaufnahme mit dem Kreis Warendorf erfolgt sei. Der Einmündungsbereich Höckelmerstraße/Dorfstraße befinde sich im Bereich der Ampelregelung. Die Zufahrtsmöglichkeit - auch für größere Fahrzeuge - sei grundsätzlich möglich. Eine alternative Zufahrtsmöglichkeit bestehe über die Autobahnabfahrt Oelde und den Lüringweg.

Wassereinbrüche Kanalsystem Neubeckum

Unter Bezugnahme auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 02. Juni 2008 erläuterte Herr Wegener die Dimensionierung des Kanalsystems. Während früher die Rohre so groß gebaut sein mussten, dass sie 100 Liter Wasser pro Sekunde und Hektar abtransportieren konnten, wurde aufgrund immer häufiger auftretenden Starkregens die Bemessungsgrundlage dahingehend geändert, dass die Zahl auf 164 Liter hochgesetzt worden sei, was einem 15-minütigem Niederschlag entspreche, der statistisch einmal in drei Jahren auftrete. Rein rechnerisch dürfe dementsprechend ein Kanal alle drei Jahre überlaufen. Unabhängig von der Dimensionierung seien jedoch die Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich zu Vorsorgemaßnahmen bezüglich einer Rückstausicherung gefragt. In diesem Zusammenhang erläuterte er anhand einer Folie die Rückstauerebenen.

Darauf Bezug nehmend erkundigte sich Ratsmitglied Linnemann, ob die Meinung vieler Neubeckumer falsch sei, dass die Kanäle zu klein seien.

Die Nachfrage beantwortete Herr Wegener dahingehend, dass die Kanäle hydraulisch richtig dimensioniert seien und bekannte hydraulische Schwachstellen saniert werden.

Ratsmitglied Pott fragte nach, ob es sich im Bereich des Volksparkes so verhalte, dass die Kanäle zwar groß genug, jedoch zu viele Häuser an diesen angeschlossen seien. Die ersten sechs bis sieben Häuser seien betroffen, danach fließe das Wasser gut ab.

Herr Wegener führte aus, dass das hydraulische System Schwachpunkte berge. Im Bereich des Volksparkes werde man das Problem über eine Umleitung lösen. Derzeit werde ein Abwasserbeseitigungskonzept für das gesamte Stadtgebiet Beckum erstellt, in dem vorgesehene Maßnahmen für die nächsten Jahre festgelegt werden. Dieses werde voraussichtlich in der Oktobersitzung vorgestellt.

Ratsmitglied Mücke äußerte sich dahingehend, er nicht hoffe, dass durch die beabsichtigte Lösung im Bereich des Volksparkes das Problem lediglich auf zukünftig andere Betroffene verschoben werde.

Herr Wegener führte aus, dass Umleitungen grundsätzlich dazu führen, das bestehende Kanalnetz möglichst günstig hydraulisch auszunutzen. Die Maßnahme bedeute jedoch auch nicht, dass zukünftig die bisher betroffenen sechs oder sieben Häuser gar nicht mehr betroffen seien.

Ratsmitglied Sadlau forderte, die Bürgerinnen und Bürger wahrheitsgemäß darauf einzustellen, sofern diese mit mehrmaligen Kellerüberflutungen rechnen müssen.

Ratsmitglied Pundt erklärte, die Probleme seien erkannt und die Antworten verstanden worden. Nunmehr werde die Vorstellung des Abwasserbeseitigungskonzeptes abgewartet.

Abschließend wies Herr Wegener daraufhin, dass sämtliche, als rückstauproblematisch gemeldete Straßen auf Durchgängigkeit geprüft worden seien. Dabei seien lediglich in einem Fall geringe Ablagerungen festgestellt worden. Hier sei eine Spülung erfolgt.

Frau Janz berichtete zu folgenden Themen:

Sachstand „Getrennte Abwassergebühr“

Die Frist zur Abgabe des Fragebogens laufe am 25.08.2008 ab. Von den rd. 9500 versandten Fragebögen seien mittlerweile ca. 6000 eingereicht worden. Hiervon seien ca. 1700 (rd. 28%) in persönlichen Beratungsgesprächen ausgefüllt worden. Die angebotenen zusätzlichen Sprechstunden, insbesondere der zweite Durchlauf, seien sehr gut angenommen worden. Aus den Äußerungen der Bürger lasse sich schließen, dass der überwiegende Beratungsbedarf tendenziell nicht aus einer Unverständlichkeit des zugesandten Fragebogens resultiere, sondern aus der Tatsache, dass sich einige Bürger mit den Fragen nicht oder nicht ausreichend beschäftigt hätten. Die Abwasser-Hotline sei mit durchschnittlich 50 Anrufen täglich ebenfalls gut genutzt worden. Mittlerweile seien die zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte mit der Bearbeitung der eingereichten Fragebögen beschäftigt. Derzeit gehe man davon aus, dass die Eingabe bis Ende September/ Anfang Oktober abgeschlossen sei. Diejenigen, die bis zur Frist 25.08.2008 ihren Bogen noch nicht abgegeben haben, werden einmal mit kurzer Fristsetzung erinnert. Wer

auch diese Frist versäume, werde geschätzt.

Ratsmitglied Pundt äußerte, auch er habe die Dienste der Hotline genutzt und sei dort kompetent beraten worden, allerdings habe ihn zum Schluss des Telefonats die Frage nach seinem Namen irritiert. Auf Nachfrage habe der Berater erklärt, dass die Namen aller telefonisch Ratsuchenden notiert werden.

Frau Janz bestätigte diese Vorgehensweise und erläuterte, dass die Namen natürlich nicht gespeichert werden, sondern lediglich dazu dienen, eine Zuordnung von Ratsuchendem und Berater bzw. Beraterin herstellen zu können, da viele bereits während des Telefonats ihre Bögen ausfüllen und sich in der Sprechstunde dann auf das Telefonat mit dem jeweiligen Sachbearbeiter bzw. der Sachbearbeiterin beziehen. Selbstverständlich gebe es auch stichprobenhafte Kontrollen, grundsätzlich gehe man jedoch davon aus, dass die gemachten Angaben richtig seien. Viele Probleme ließen sich bereits in Beratungsgesprächen lösen, in Einzelfällen seien jedoch auch Ortstermine nötig. Der weitere Zeitplan sei sehr eng gefasst. In diesem Zusammenhang sei möglicherweise die Verschiebung der Ausschusssitzung vom 30.10.2008 um eine Woche auf den 06.11.2008 erforderlich. Weitere satzungsrelevante Termine seien die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 12.11. und 09.12.2008, des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 11.12.2008 sowie des Rates am 16.12.2008.

Maßnahmenkatalog Friedhof

- Der Schaukasten sei aufgestellt worden.
- Die Bänke seien am 20.08. aufgestellt worden. Zwei Bänke seien von der Sparkasse und eine Bank von der Volksbank gespendet worden. Die Spendenschilder werden in Kürze gefertigt und angebracht.
- Für das Befüllen der Gießkannen seien zwischenzeitlich Schläuche an die Auslaufhähne der Brunnen angebracht worden. Die Resonanz seitens der Friedhofsbesucher zu dieser kostengünstigen Lösung sei äußerst positiv.
- Das Beleuchtungskabel sei im Hauptweg verlegt worden, die Leuchten werden laut EVB Anfang September aufgebaut. Gleichzeitig mit dem Beleuchtungskabel sei ein Kabel für die Stromversorgung der Trauerhalle eingebaut worden.
- Die Städtischen Betriebe werden in der nächsten Zeit die Wege im Bereich der Baumwurzeln herrichten, d.h. die Kantensteine einkürzen, so dass die Vorarbeiten bis zum Deckenüberzug abgeschlossen sein werden. Die Ausführung der Deckenarbeiten ist unmittelbar nach den Herbstferien terminiert.

Hinsichtlich der Anfrage des Ratsmitgliedes Haske in der letzten Sitzung bezüglich der Prüfung der Standsicherheit von Grabmalen berichtete Frau Janz, dass diesbezüglich ein so genannter Kipp-Tester zum Einsatz komme. Die Handhabung des Gerätes könne anlässlich einer geplanten Besichtigung des Aschestreifeldes demonstriert werden.

4. Wettbewerb "Aktion Klima plus - NRW-Klimaschutzkommune der Zukunft" Vorlage: 2008/0139 Beratung

Herr Faber berichtete unter Bezugnahme auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Zwischenzeitlich sei bereits eine Entscheidung bei dem ausgeschriebenen Wettbewerb gefallen. Eine offizielle Mitteilung liege allerdings bisher nicht vor. Auch die Verwaltung habe die Information bisher nur aus der Presse erfahren.

Ratsmitglied Linnemann bewertete die eingereichten Wettbewerbsunterlagen als ausgesprochen umfangreich und erklärte, dass die dort benannten Ziele grundsätzlich ökologisch sinnvoll seien.

Ratsmitglied König führte aus, dass das Thema in der Fraktion ausführlich besprochen worden sei. Dem Grundgedanken schließe sich die Fraktion an, wobei das Stichwort „Ideenskizze“ einen hervorgehobenen Stellenwert habe. Darauf aufbauend seien dann weitere Beratungen erforderlich.

Ratsmitglied Pundt schloss sich den Ausführungen des Ratsmitgliedes König inhaltlich an und äußerte sich dahingehend, dass die Kenntnisnahme der Ideenskizze kein Problem darstelle, gestoßen habe man sich jedoch an den Formulierungen „Leitbild“ und „Handlungsprogramm“.

Ratsmitglied Sadlau erklärte, auch er schließe sich den Ausführungen der Vorredner an. Hinsichtlich der auf Seite 2 aufgelisteten umgesetzten/geplanten Maßnahmen erkundigte er sich, wie sich 23% regenerative Energien ergeben.

Herr Faber führte aus, dass insgesamt 23 % des Stromverbrauchs der Beckumer Haushalte aus regenerativen Energien stammen. Am Beispiel Vellern erläuterte er, dass dort die regenerativen Energien den Stromverbrauch der Haushalte um das dreifache übersteigen.

Ratsmitglied Mücke erkundigte sich, wo sich die aufgeführten Solaranlagen Freibad Neubeckum und Harbergstadion Neubeckum befinden.

Frau Faust erläuterte, dass diese sich auf dem Wohnhaus am Freibad bzw. auf dem Dach des Clubheims/ Wohnhauses am Harbergstadion befinden. *(Anmerkung: Bei der Solaranlage auf dem Dach des Clubheimes/ Wohnhauses am Harbergstadion handelt es sich um eine Anlage für die Brauchwassererwärmung. Sie wurde 1998 errichtet.)*

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

5. Förderung von bedarfsorientierten Energieausweisen durch die Stadt Beckum, Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2008 Vorlage: 2008/0141 Entscheidung

Herr Faber trug mit Hinweis auf die Vorlage vor. Zusammenfassend erläuterte er, dass die rechtliche Prüfung des Antrages der SPD-Fraktion durch den Fachdienst Recht ergeben habe, dass eine Förderung – wie beantragt- nicht möglich sei, da ab dem 01. Juli 2008 gemäß Energieeinsparverordnung für alle Wohngebäude, die neu vermietet oder verkauft werden, ein Energieausweis zu erstellen sei. Die unmittelbare Subventionierung des Personenkreises, der bundesgesetzlich zur Beschaffung des Ausweises verpflichtet sei, widerspreche höherrangigem Recht. Anders verhalte es sich bei den Gebäuden, die eigen genutzt werden. In diesen Fällen handele es sich um eine freiwillige Beschaffung des Energieausweises. Hier erscheine eine Förderung durch die Stadt grundsätzlich möglich. Der Fachdienst Natur und Umwelt habe sich daher für den vorliegenden Beschlussvorschlag entschieden.

Ratsmitglied Pott erklärte für die SPD, diese bestehe auf Entscheidung über ihren Antrag vom 19.06.2008 zur Förderung von bedarfsorientierten Energieausweisen. Die Förderung könne dann dazu dienen, Effekte bei denen zu erzielen, die nicht zum Adressatenkreis der Energieeinsparverordnung gehören.

Ratsmitglied Pundt äußerte für die CDU-Fraktion, dass diese sich dem Antrag nicht anschließen könne, da rechtliche Gründe dem entgegenstehen und sie sich auch nicht in der Lage sehe, Mittel freizugeben, ohne dass der Beschlussvorschlag konkret benennt, welche Maßnahmen damit durchgeführt sollen. Grundsätzlich sei Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, jedoch müsse das Rad nicht neu erfunden werden. Broschüren zu diesem Thema gebe es bereits ausreichend und sehr gute. Diesbezüglich verwies er auf eine gemeinsame Broschüre der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH mit der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf, die er zu Beginn der Sitzung verteilt hatte.

Ratsmitglied Tarner verwies auf ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, dass eine Förderung von 300,-EUR vorsehe. Im Übrigen habe die FDP-Fraktion ähnliche Schwierigkeiten mit der vorliegenden Beschlussvorlage wie die CDU-Fraktion.

Herr Faber verdeutlichte, dass es sich bei den angedachten Maßnahmen nicht um die Erstellung von Broschüren handele, sondern um den Einsatz beratender Personen in Kindergärten, Schulen und bei Privatpersonen vor Ort.

Ratsmitglied Goriss beschrieb, dass er ein entsprechendes Verfahren bei seinem Haus habe durchführen lassen. Zunächst habe er sich Informationsmaterial zusenden lassen, anschließend

sei eine persönliche Beratung vor Ort durch ein Unternehmen kostenlos erfolgt.

Ratsmitglied Sadlau führte aus, auch er habe sich von dem Energieberater der Verbraucherzentrale Ahlen beraten lassen. Dafür habe er 50,--EUR bezahlt. Ihm sei neu, dass es dafür eine Förderung in Höhe von 300,--EUR gebe.

Im Anschluss wurde zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2008 zur Förderung von bedarfsorientierten Energieausweisen durch die Stadt Beckum abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die im Haushaltsplan 2008 bereit gestellten Mittel zur Förderung privater Energiepässe in Höhe von 5.000 € werden frei gegeben. Die Mittel sollen für eine Förderung von 20 bedarfsorientierten Energieausweisen mit einem Betrag von 250,00 EUR für Wohngebäude, die vor 1980 errichtet werden, verwandt werden. Die Förderung soll in der Reihenfolge der Antragstellung bewilligt werden.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt Ja 6 Nein 7 Enthaltung 0

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die im Haushaltsplan 2008 bereit gestellten Mittel zur Förderung privater Energiepässe in Höhe von 5.000 € werden frei gegeben. Die Mittel sollen für eine breit gestreute Informations- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Beratung in privaten Haushalten genutzt werden.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Kosten in Höhe von maximal 5.000 €

Finanzierung

Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2008 unter der Haushaltsstelle 1.12000.71856.999 – Förderung privater Energiepässe – in Höhe von 5.000 € zur Verfügung

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt Ja 0 Nein 13

6. Anfragen

Ratsmitglied König wies auf den schlechten Zustand der L 808 Richtung Herzfeld hin und erkundigte sich, ob die Stadt Einflussmöglichkeiten habe. Offensichtlich werde diese Straße von vielen Fahrzeugen als Abkürzung Richtung Erwitte/Anröchte genutzt.

Herr Wegener äußerte hierzu, dass die Zuständigkeit beim Landesbetrieb Straßen NRW liege. Eine entsprechende Anfrage werde dort gestellt.

Des Weiteren wies Ratsmitglied König daraufhin, dass die an dieser Straße befindlichen Hecken zum Teil so ausgewachsen seien, dass sie den Verkehr behindern. Anstatt die Hecke zurückzuschneiden, sei beobachtet worden, dass städtische Mitarbeiter offensichtlich die Grenzsteine suchen.

Herr Wegener führte aus, dass der Eigenbetrieb für den Rückschnitt nicht zuständig sei. Der Fachdienst Sicherheit und Ordnung veranlasse bei Einwuchs in den Straßenraum einen Rückschnitt. Dieser erfolge in der Regel durch den Eigentümer.

Ratsmitglied Haske wies auf folgende Probleme hin:

- Müllablagerungen im Bereich der Vorhelmer Straße Nr. 175 (ehemalige Zufahrt zum

Steinbruch)

- Schlaglöcher im Bereich Werseweg/Wessingweg(Bauinsel)
- Strauchbewuchs Grottkauer Straße ausgehend vom ehemaligen Gelände Deemo in die Straße hinein
- fehlende Ausbesserung des Radweges von der B 58 zum Parkfriedhof

Des Weiteren äußerte er Zweifel, ob es sinnvoll sei, dass im Rahmen der Baumaßnahme Hammer Straße alle Gehwegplatten entsorgt werden.

Hierzu erläuterte Herr Wegener, dass es auf den Zustand der Platten ankomme. Alte Platten brechen häufig bei einer Neuverlegung. Es werde jedoch Kontakt zum Eigenbetrieb aufgenommen, um zu klären, inwieweit dort Bedarf bestehe.

Ratsmitglied Pott fragte an, ob die Möglichkeit bestehe, den Weg vom Lippweg durch die Kleingartenanlage „Am Himmelreich“ mit Beleuchtung auszustatten, da dieser auch als Schulweg genutzt werde.

Ratsmitglied Linnemann erkundigte sich unter Bezugnahme auf die Vorlage zum Wettbewerb „Aktion Klima plus“, um wen es sich bei dem benannten eingestellten Energiebeauftragten handele.

Seitens Herrn Faber wurde mitgeteilt, dass es sich dabei um den ehemaligen Mitarbeiter Stähr handele.

Sachkundiger Bürger Schumacher wies auf den schlechten Zustand des Holtmarweges zwischen Hof Albert -Schwarte und der Alten Ahlener Straße hin. Die Beschädigungen seien zurückzuführen auf die Fahrzeuge, die seinerzeit zur Baustelle der Windkraftanlage gefahren seien.

Herr Wegener führte hierzu aus, dass der Weg im Sanierungsprogramm berücksichtigt sei. Eine Prüfung durch den Fachdienst Tiefbau habe ergebe, dass die vorhandenen Beschädigungen nicht in Zusammenhang mit dem Aufbau der Windkraftanlage stehen, sondern einen anderen Hintergrund haben. Dieser werde derzeit noch geprüft. Über die festgestellten Ursachen werde dann entsprechend berichtet.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 11.09.2008

Beckum, den 09.09.2008

gez.
Joachim Mücke
(Vorsitz)

gez.
Gabriele Günnewig
(Schriftführung)